

Martina Michels, MdEP

Türkei: Premiumpartner der EU im Ausnahmezustand

Im Februar hat die Venedig-Kommission, ein Gremium des Europarates, ihr Mitgliedsland Türkei scharf kritisiert. Sie sah in dem Verfassungsentwurf, über den die Bürgerinnen und Bürger der Türkei am 16. April in einem Referendum abstimmen werden, eine Beendigung demokratischer Grundprinzipien. Zugleich stellte Venedig-Kommission infrage, ob während eines Ausnahmezustandes überhaupt ein derartigen Referendums durchgeführt werden darf, denn es gibt weder eine faire Presseberichterstattung noch einen offenen demokratischen Dialog. Die Einschränkungen, die auch die Versammlungsfreiheit und Demonstrationen betreffen, werden mit Ausnahmezustand begründet. Der Wandel zur Autokratie ist greifbar. Er wird allerdings auch gestützt von einem Teil der Bevölkerung, die den nationalistischen und fundamental islamischen Traum von einer selbstbewussten Regionalmacht nachvollzieht und den Weg Erdogans, der sich inzwischen massiv gegen Rechte von Frauen, gegen die kurdische Minderheit und gegen eine säkulare und linke Opposition richtet, für legitim und rechtmäßig hält. Der Aufstieg Erdogans, der tatsächlich mit Versöhnungsgesten im kurdischen Konflikt und wirtschaftlicher Stabilität begann, wurde auf unterschiedliche Art und Weise durch Mitgliedstaaten der EU eher befördert. Selbst aktuell ist die Instrumentalisierung des türkischen Regionalmachtstrebens in den Wahlkämpfen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland kaum hilfreich, um Demokratie und Menschenrechten eine dauerhafte Chance bei einem der südöstlichen Nachbarn zu geben.

Rückblick I - 2015

Wenn man an einem Sommerabend vorm Hotel sitzend, sagt: "*Komm lass uns lieber reingehen...*", dann war man, einen Tag nach dem Anschlag in Ankara, nach Diyarbakir gereist. Wir schreiben Oktober 2015. Kein Putschversuch, kein erklärter Ausnahmezustand, stattdessen liegt Erdogan die HDP im Magen, die ihm mit dem Überspringen der 10%-Hürde und ihrem Einzug ins die Türkische Nationalversammlung die absolute Mehrheit vermasselte, Und schlimmer noch, die linksorientierte Partei, die in den kurdischen Regionen ihre Hochburgen hat, kam auch am 1. November, zur wiederholten Wahl, über die undemokratische 10% Hürde. Die großen Schritte zur Präsidialmacht waren damit vorerst durchkreuzt.

Damals war ich zu Gast bei Menschenrechts- und Frauenverbänden. Viele Organisationen sind heute verboten, die Bürgermeisterin von Diyarbakir sitzt – wie tausende weitere HDP-

Mitglieder und deren beide Co-Vorsitzende im Gefängnis. Auch ohne in Menschenansammlungen zu sein geriet man schon damals immer wieder in Tränengasattacken oder schloss die Fenster, um ohne Hustenanfälle weiter atmen zu können. Unsere Übersetzerin verließ uns allabendlich kurz nach 19 Uhr, weil sie wegen der nächtlichen Ausgangssperren in ihrem Wohnviertel rechtzeitig zu Hause sein musste. Hubschrauber kreisten über der Stadt. Die Innenstadt war seit Tagen abgesperrt. Sicherheitskräfte lieferten sich mit militanten Jugendlichen der PKK Gefechte.

Was sich nach den Wahlen vom 1. November in den kurdischen Regionen abspielte, war ein Ausnahmezustand, niemals erklärt oder demokratisch legitimiert. Bürgermeister wurden abgesetzt, wochenlange Aussperrungen angeordnet. Es gab zivile Opfer. Die Informationssperren wirken bis heute nach, wie der Bericht des UN-Menschenrechtskommissars Said Raad al-Husseini, den er Anfang März 2017 vorgelegte, festhielt. Seit Juli 2015, so ist nachzulesen, kam es zu „*massive(n) Zerstörungen, Tötungen und andere[n] schwere[n] Menschenrechtsverletzungen*“. Im Bericht wird vermutet, dass bis zu 2000 Menschen getötet wurden, davon 1200 Zivilisten und festgehalten, dass es Folter und Gewalt gegen Frauen gab. Die Zahl der vertrieben Menschen wird inzwischen auf eine halbe Million geschätzt. Es folgten massenhafte Enteignungen der Grundstücke, auf denen die ausgebrannten Wohnhäuser standen.

Über diesen unerklärten Krieg hinaus nahm die staatliche Repression in der ganzen türkischen Gesellschaft zu. Nach der Verfolgung von in- und auch ausländischen Journalistinnen und Journalisten wurden Menschen, die den Aufruf „academics for peace“ unterstützt hatten, angegriffen und mit Beginn des Ausnahmezustandes auch z. T. vom Dienst suspendiert. Redaktionsgebäude großer Tageszeitungen wurden vor laufender Kamera erstürmt und enteignet. Letztlich traf es das Parlament. In einer kollektiven Entscheidung wurde die Immunität von 138 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aufgehoben. In der HDP trifft es fast alle Parlamentarier, die jetzt Anklagen zu erwarten haben, weil sie Kritik an Erdoğan's Kurs gegenüber der politischen und gesellschaftlichen Opposition übten, weil sie bei Demonstrationen friedlich ihre politischen Forderungen verteidigten. Zwölf von ihnen sitzen im Gefängnis.

Türkei: strategischer Partner der EU und ihrer Mitgliedsstaaten

All der Demokratieabbau, die Verfolgung von Kurden und die Kriminalisierung der politischen und gesellschaftlichen Opposition haben weder die EU, noch deren Mitgliedsstaaten daran gehindert, Erdogan als Verbündeten zu pflegen. Statt endlich eine Politik gegen Fluchtursachen und einen humanen Umgang mit Flüchtenden sowohl rund um Syrien als auch in Europa in Angriff zu nehmen, verbündeten sich die EU-Mitgliedstaaten mit Erdogan in ihrer Abschottungspolitik. Im März 2016 wurde der absurde EU-Türkei-Deal vom Europäischen Rat in einer Erklärung verabschiedet. Der Deal ist kein Abkommen, denn dies hätte den Einfluss des Parlaments zur Folge gehabt. Es ist ein heißgestrickter Verrat an Menschenrechten. Zu-

sätzlich schlossen damals Österreich und Mazedonien die Grenze. Griechenland leistet die eigentliche Arbeit der Flüchtlingsaufnahme. Dabei kam es nach dem schleppenden Anlauf, den fehlenden EU-Beamten, der Verwandlung der Ankunftsorte in weitere Abschiebeknäste auch zu Entscheidungen, die marginal das Recht auf Asyl wieder in Kraft setzten. Kurden wurden in einem Urteil vor einem griechischen Gericht z. B. als politisch verfolgt anerkannt und konnten Asyl beantragen. Dies zeigt ganz praktisch: Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat, weder für Flüchtlinge noch für die eigene Bevölkerung.

Beitrittsverhandlungen - Abbruch als Druckmittel?

Der Beitritt der Türkei zur EU stand als politisch sofort umsetzbare Forderung schon lange nicht mehr auf der politischen Agenda. Wir sollten allerdings auch daran erinnern: In der Vergangenheit waren es die EU und Mitgliedsstaaten, wie Deutschland, die gegen einen EU-Beitritt der Türkei Politik machten. Da passte, wenn es nur nach Angela Merkels CDU im Jahre 2004 gegangen wäre, nur der christliche Gottesbezug in eine Europäische Verfassung, zu der es dann ohnehin nicht kam. Die säkulare Türkei gab es offenbar bei den Christdemokraten und ihrer Schwesterpartei, der CSU, gar nicht.

Inzwischen hat sich das Europaparlament zum Einfrieren der Beitrittsverhandlungen bekannt. In den derzeitigen Referendumswahlkämpfen der Türkei scheinen solche Maßnahmen Erdogan und seiner Regierung eher ins Kommunikationskonzept zu passen. Ob diese symbolisch klare Haltung als Druckmittel taugt, bleibt unklar. Eher schon schmerzt die Türkei, wenn das erweiterte Zollabkommen zur Disposition stehen würde oder die Visafreiheit nicht eingelöst wird.

Rückblick II - 2016

Neben der Beitrittsdebatte kamen, wie eingangs angedeutet, wachsende Kritiken vom Europarat. Die Entlassungs- und Verhaftungswellen nach Juni 2016 widersprechen der von der Türkei unterzeichneten Menschenrechtskonvention. Überdies stellt die Türkei mit ihren Ankündigungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe ihre Mitgliedschaft im Europarat selbst infrage.

Auch ich habe lange argumentiert, dass die EU mit die Beitrittsverhandlungen weiterführen soll und insbesondere mit der Eröffnung der Artikel 23 und 24 (Grund-, Freiheits- und Minderrechte, Medienfreiheit u. a.) ein Dialogforum anbieten kann, welches der politischen Opposition in der Türkei, der Zivilgesellschaft insgesamt bei der Überwindung ihrer Zerrissenheit helfen kann. Ich sehe es auch trotz meiner Zustimmung zum Einfrieren der Beitrittsverhandlungen so, dass die EU nicht länger mit zweierlei Maß agieren kann. Einmal will man aus menschenrechtlichen Gründen Beitrittsverhandlungen abbrechen, andererseits schleift man mit einem Flüchtlingsdeal die Menschenrechte: Das ist letztlich keine überzeugende Politik.

Türkei 2017: Hayir - Die NEIN-Kampagne hat begonnen

Es ist die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger in der Türkei, wie sie zur Verfassungsänderung stehen. Doch die Neinstimmen gehen trotz Verfolgung und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit inmitten des Ausnahmezustandes immer mehr in die Öffentlichkeit und ich kann meine Sympathie für diese erste sichtbare Bewegung seit den niedergeschlagenen Gezi-Park-Protesten nicht verhehlen. Hunderttausende, mehrheitlich Frauen, setzten in Istanbul zum Internationalen Frauentag ein deutliches Zeichen.

Ich war Mitte Februar 2017 in Istanbul und traf mich dort mit GewerkschafterInnen von DISK und KESK, mit Medienlauten, Kulturprojekten und VertreterInnen der HDP. *„So wie dereinst das griechische OXI durch Europa ging, sollte der Kontinent schnell das Türkische Wort für NEIN - Hayir - lernen. Unsere NEIN-Kampagne im Rahmen des geplanten Referendums ist ein NEIN zum Demokratieabbau überall“*, resümierte Ayşe Berktaş aus der internationalen Abteilung der HDP bei einem Gespräch im Istanbul HDP-Büro.

Protest mündet derzeit in die NEIN-Kampagnen zum Referendum über die geplante präsidentielle Türkei Erdogans. Die kemalistische CHP und die HDP finden dabei leider erneut nicht zueinander. Doch Gewerkschaften und Vereine rücken offenbar zusammen. Da rappelt sich aus der Erfahrung der Repressionen allerhand. Akademikerinnen, denen der Pass, die Krankenversicherung und die Rentenansprüche weggenommen wurden, arbeitslose Journalisten und Ärzte, die in den Konfliktregionen die Gesundheitsversorgung aufbauen, sprechen sich öffentlich und gemeinsam für ein NEIN aus.

Eine Verfassungsänderung in der Türkei, mit der Erdogan den jetzigen Ausnahmezustand zur Regel machen kann, trifft ganz Europa. Die Brüchigkeit der Freiheit ist kein lokal begrenztes Problem. Was in der Türkei passiert, betrifft uns alle.

Autorin

Martina Michels ist Europaabgeordnete, Mitglied im Regionalausschuss und in der parlamentarischen Delegation EU-Israel sowie stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss und in der parlamentarischen Delegation EU-Türkei. Sie war zwischen Juli 2015 und März 2017 mehrfach in Diyarbakir, Ankara und Istanbul, zu Konferenzen gemeinsam mit Amnesty-International, zu Gast bei unzähligen Vereinen und Initiativen, Anwaltskammern, bei kommunalen Vertreterinnen und VertreterInnen der politischen Opposition, sowie zu Gast in der Türkischen Nationalversammlung.

Kontakt: martina.michels@europarl.europa.eu

Weitere Informationen: www.martina-michels.de

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de